

# Referendum und Initiative im Eiltempo

Auf Doppelunterschriftenbogen unterschreiben?

**Vorwahltaktische AHV-Hektik:** Bereits am Mittwoch wollen sich der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) und der Christlich-nationale Gewerkschaftsbund (CNG) zusammen mit weiteren Referendumsträgern auf eine gemeinsame AHV-Initiative einigen. Ziel: Stimmbürger und Stimmbürgerinnen sollen auf einem Doppelunterschriftenbogen gleichzeitig das Referendum gegen die 10. AHV-Revision und eine AHV-Initiative unterschreiben können. Im Bundeshaus gibt es Kräfte, die eine Abstimmung über die 10. AHV-Revision schon am 12. März ansetzen möchten.

■ VON RICHARD ASCHINGER,  
BERN

Höchste Eile auf allen Ebenen: Die Bundeskanzlei wird die vom Parlament verabschiedete AHV-Revision am 18. Oktober publizieren und damit die Referendumsfrist zum Laufen bringen. Die Referendumsträger haben damit bis zum 16. Januar 1995 Zeit, 50 000 Unterschriften zusammenzutragen. Technisch wäre so eine Volksabstimmung schon am 12. März möglich.

Dem Vernehmen nach soll es im bürgerlichen Lager Kräfte geben, die darauf drängen, den AHV-Entscheid im Wahljahr 95 möglichst rasch auf den Kalender zu setzen. Sollte das Referendum gegen den Beitritt der Schweiz zum Gatt-Freihandelsabkommen zustande kommen, so wäre der Abstimmungstermin vom 25. Juni für diese international vordringliche Vorlage besetzt. Eine AHV-Abstimmung wäre erst wieder am 26. November nach den Eidgenössischen Wahlen möglich.

## Vorentscheid über Initiative am Mittwoch

Auch auf seiten der Referendumsträger ist man unter Termindruck: Auf den Zeitpunkt der Abstimmung über die 10. AHV-Revision soll wenn immer möglich eine AHV-Auffanginitiative mit mindestens 100 000 Unterschriften eingereicht sein. Bereits morgen Mittwoch wollen sich die im nationalen Koordinationskomitee zusammengeschlossenen Gewerkschaften und Organisationen in Bern im Grundsatz auf eine Initiative einigen. Das Volksbegehren soll garantieren, dass, wie immer die Referendumsabstimmung ausgeht, das in der AHV-Revision enthaltene Splitting für Ehepaare und die Gutschriften für Erziehende in Kraft treten können und das Frauenrentenalter bei 62 bleibt. Ein Ausschuss des Komitees hat einen Textentwurf im Grundsatz bereits gutgeheissen.

Beim SGB zielt man darauf ab, die Unterschriftensammlung für Referendum und Initiative zusammenzulegen:

An der SGB-Delegiertenversammlung vom 3. bis 5. November soll die Initiative formell beschlossen werden. «Bereits am nächsten Tag wollen wir mit Doppelunterschriftenbogen zu sammeln beginnen», sagte SGB-Presseschef Pietro Cavadini gegenüber dem TA.

## In der SPS ist das letzte Wort noch nicht gesprochen

Auch die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS), die sich am Wochenende mit einem überraschenden Vorstandsbeschluss aus dem Referendumskomitee zurückgezogen hatte, wird sich im November erneut mit der AHV-Frage befassen: Am 17. November werde der Parteivorstand zu entscheiden haben, ob die Partei eine AHV-Initiative unterstützen wolle, erklärte der leitende Zentralsekretär André Daguët. Auch in bezug auf die 10. AHV-Revision selbst ist in der SPS noch nicht das letzte Wort gesprochen: Wenn das Referendum zustande kommt, hat wieder der Vorstand über die Parole für die Abstimmung zu entscheiden. Normalerweise folge nach einem Nein zum Referendum eine Ja-Parole zur Gesetzesvorlage, erklärte Daguët gegenüber dem TA. Aber wie bei den Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht wäre auch bei der AHV ein anderer Entscheid möglich.

Bereits eingereicht und vom Parlament abgelehnt ist eine Initiative des SGB und der SPS, die die AHV zulasten der Pensionskassen verstärken und das Rentenalter flexibilisieren will. Die Abstimmung über diese Initiative wird wahrscheinlich zusammen mit der Referendumsabstimmung über die 10. AHV-Revision stattfinden.

## Weitere AHV-Initiativen

Bereits lanciert ist eine Initiative des Schweizerischen Kaufmännischen Verbandes (SKV) und der Schweizerischen Angestelltenverbände (VSA). Ziel dieses Begehrens ist die Flexibilisierung des Rentenalters. Die beiden Verbände unterstützen das Referendum nicht. Angekündigt hat auch die Grüne Partei eine Flexibilisierungsinitiative.